



Tacheles

kritisch · solidarisch · lokal

Editorial

Peng! Die Sektkorken knallen, denn die erste Ausgabe von Tacheles ist gedruckt und bereit gelesen zu werden. „Tacheles“ ist eine Verballhornung des jiddischen Wortes Tachles. „Tacheles reden“ bedeutet offen und unverblümt seine Meinung zu äußern, also Klartext zu reden. Und genau das ist unser Anspruch als neues linkes Zeitungsprojekt in Aachen. Wir wollen eine kritische Perspektive auf das Geschehen in und um Aachen werfen und in unseren Beiträgen Menschen zu Wort kommen lassen, die sonst oft nicht gehört werden. In dieser ersten Ausgabe geht es vor allem um den Kampf um Wohnraum in Aachen, aber auch andere drängende Themen, wie die Lage von Geflüchteten während der Coronakrise werden behandelt. Die Zeitung wird herausgegeben von einem Redaktionskollektiv, zusammengesetzt aus verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen, die in Aachen politisch aktiv sind. Die geäußerten Meinungen entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion, für die Texte sind die jeweiligen Autor*innen verantwortlich. Wir freuen uns über Kritik, Fragen Anregungen und Leser*innenbriefe! Also schreibt uns - eine Emailadresse findet ihr auf der letzten Seite. Die Zeitung ist bis auf weiteres kostenlos erhältlich, deswegen freuen wir uns über jede Spende, um unsere Kosten zu decken. Das wär's von uns - jetzt viel Spaß beim Lesen und bis zur nächsten Ausgabe!



Zeitungskollektiv Tacheles Aachen



Wem gehört die Stadt? (Illustration von Herta Ä.)

Beteiligung nur alle 5 Jahre?

In Aachen gibt es einige Beispiele, bei denen die Bevölkerung ihre Meinung kollektiv durchsetzen konnte. Ein genauerer Blick offenbart jedoch, dass weite Teile der Bevölkerung von politischen Entscheidungen komplett abgeschnitten sind.

Radentscheid, Campus Bahn, Bauhaus Europa - man könnte meinen, die Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen funktioniert in Aachen. Bei diesen Beispielen ist es gelungen, ein Mitspracherecht durchzusetzen. Leider werden andauernd Beschlüsse durchgesetzt, die nie öffentlich zur Debatte standen. Ohne kritisch darüber zu reden, sollen gigantische Projekte, wie der RWTH-Campus, Aachen von einer Industriestadt zu einer modernen Wissenschaftsstadt machen. Nicht nur im Uni-Viertel macht sich das bemerkbar. Fab-

rikgebäude sind zu schicken Büroräumen geworden und an vielen Stellen entstehen neue Projekte wie die „Digital Church“. Immobilienunternehmen nutzen die Chance und fokussieren sich auf teure Wohnungen für Studierende und hoch qualifizierte Angestellte. Bezahlbarer Wohnraum wird so gut wie gar nicht gebaut. Was das alles für Konsequenzen für die Stadt und die Bevölkerung hat, wird kaum öffentlich diskutiert. Spüren tun die Konsequenzen allerdings viele!

→ Fortsetzung auf Seite 2

Was steckt drin?

Editorial · Beteiligung nur alle 5 Jahre? - Wer darf bei der Stadtentwicklung mitreden? · Home Sweet Home - Gewalt gegen Frauen und das Recht auf ein sicheres Zuhause → **Seite 1**

Kampf um Wohnraum: Beteiligung nur alle 5 Jahre? (Fortsetzung) · Leerstand und Widerstand - Ein Kommentar zur Besetzung der Bastei am 21. Juni 2019 → **Seite 2**

Kampf um Wohnraum: Wohnraum ist eine Ware! · We will never stop squatting - Sich das Leben dort zurück erkämpfen, wo man zu Hause ist → **Seite 3**

Protestkultur in Aachen · *Festung Europa:* Nicht jedes Leben ist gleich viel wert - Zur Lage von Geflüchteten an den EU-Außengrenzen und in Europa zu Zeiten von Corona → **Seite 4**

Festung Europa: Nicht jedes Leben ist gleich viel wert (Fortsetzung) · Erfahrungsbericht aus Lesbos - Der Kampf für Freiheit und ein selbstbestimmtes Leben → **Seite 5**

Auf der Straße trotz Corona! - Redebeiträge zur Fahrraddemo am 17. April 2020 · „Aachen Solidarisch“ stellt sich vor → **Seite 6**

Nazis und Antifeminismus - Warum rechte Ideologie und Feminismus sich widersprechen und die Ereignisse am Frauen*kampftag in Aachen → **Seite 7**

Kreuzworträtsel · Mikeschs Tipps und Tricks im Arbeitsalltag · Horoskop → **Seite 8**

Home Sweet Home

Gewalt gegen Frauen und das Recht auf ein sicheres Zuhause

Das eigene Zuhause. Der Ort, an dem ich mich zurückziehen kann. An dem ich mich ausruhen kann. An dem ich mich von meinem zurichtenden Alltag erholen kann. An dem ich selbst sein kann. So lautet das Glücksversprechen des Kapitalismus. Ein Raum frei von Zwängen. Doch für jede vierte Frau wird dieses Versprechen mindestens einmal in ihrem Leben nicht eingelöst. Für sie ist das eigene Zuhause die Materialisierung der Hölle. Sie werden verprügelt, bespuckt, vergewaltigt, eingesperrt, isoliert. Das eigene Zuhause bleibt der gefährlichste Ort für Frauen weltweit.

Die Unterdrückung der Frau und die mit ihr einhergehende Gewalt gegen sie sind auch heute in die bestehenden Verhältnisse eingeschrieben und tief verankert. Sie müssen daher in Zusammenhang gebracht werden mit jenen kapitalistisch-patriarchalen Zumutungen, die sie hervorbringen.

Frauen werden [...] dem Mann untergeordnet und zum Objekt des Männlichen degradiert, was mit Besitzansprüchen einhergeht, die tödlich enden können.

Der Kapitalismus ist angewiesen auf eine Trennung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit. Denn nur so können Arbeiten, die der für das

Kapital zentralen Verwertungslogik widersprechen, von der wertbildenden Sphäre, der Produktion, abgespalten werden. Frauen werden durch Sozialisation und wirtschaftliche Zwangsverhältnisse immer wieder ins Private verwiesen, wo sie unbezahlt die Ware Arbeitskraft (re-)produzieren, für einen steten Nachwuchs an gut verwertbaren Arbeitskraftbehältnissen sorgen und jene pflegen, die nicht mehr verwertbar sind. So ist die Frau einer doppelten Ausbeutung und Vergesellschaftung unterworfen, muss sie sich doch gleichzeitig auf dem Arbeitsmarkt als dem Manne gleich verdingen.

[...] gegen ein System der Ausbeutung und Unterdrückung, gegen die Vereinzelung und für das solidarische Miteinander.

Was auf den ersten Blick losgelöst von der Gewalt gegen Frauen erscheint, hängt bei näherer Betrachtung zwingend miteinander zusammen. So wird Weiblichkeit mit den im Kapitalismus abgewerteten Arbeiten assoziiert und damit marginalisiert. Sie steht der Verwertungslogik konträr gegenüber, muss abgespalten und abgewertet werden. Frauen werden in der Folge dem Mann untergeordnet und zum Objekt des Männlichen degradiert, was mit Besitzansprüchen einhergeht, die tödlich enden können. Zudem werden Frauen durch die doppelte Be-

lastung vermehrt in prekarierte Berufe verwiesen, arbeiten Teilzeit und sind in der Folge häufig in einem konkreten, finanziellen Abhängigkeitsverhältnis zum Mann. Die Frau muss in der ihr aufgezwungenen Stellung in dieser Gesellschaft gehalten werden, im Zweifel mit Gewalt.

Durch die Verweisung der Frau und der ihr angetanen Gewalt in die Sphäre der Privatheit wird das sich hier konkretisierende Herrschaftsverhältnis verschleiert, individualisiert und als Beziehungsdrama bagatellisiert.

Es bestehen zahlreiche karitative Angebote, wie Beratungsstellen und Frauenhäuser. Diese verbleiben trotz ihrer dringenden Notwendigkeit in der Reaktion. Werden sie nicht ergänzt durch Kämpfe, die die gesamten Verhältnisse angreifen, nehmen sie in Kauf, dass auch in Zukunft Frauen, weil sie Frauen sind, verprügelt und ermordet werden.

Kämpfen wir für ein Leben ohne Angst. Kämpfen wir für das gute Leben für alle.

Um die Verhältnisse in ihrer Gänze zum „Tanzen zu bringen“, ist es unabdingbar, Kämpfe zusammenzuführen, gegen ein System der Ausbeutung und Unterdrückung, gegen die Vereinzelung und für das solidarische Miteinander. Neue Überlegungen zu Klassenkämpfen vermögen dies und müssen in Diskussionen um feministische Theorie und Praxis einbezogen werden. Sie bieten die Möglichkeit eine Kraft zu entwickeln, die es ermöglicht Ketten zu sprengen. Die vermehrten feministischen Streiks der letzten

Jahre zeigen Ansätze hierzu. Durch gezielte Reproduktionsstreiks ist es möglich, zum einen die elementare Bedeutung der Reproduktionsarbeit für das Bestehende und damit als Entstehungsbedingung von patriarchaler Gewalt aufzuweisen und zum anderen die Isolation, die mit der Verdrängung in die private Sphäre und das eigene Zuhause einhergeht und Organisierung erschwert, zu brechen. Diese Kämpfe müssen im Hier und Jetzt beginnen und dürfen die Frage nach der Emanzipation der Frau und ihrer Befreiung von männlicher Gewalt nicht in die Utopie verschieben. Durch eine Mischung aus revolutionärer Analyse und Theorie und einer Praxis, die Solidarität erlebbar werden lässt und über bloße Lippenbekenntnisse hinausweist, ist es möglich, einen Ausblick auf das zu erheischen, was zu gewinnen ist.

Das Private ist politisch. So müssen wir unseren privaten Raum zum einen gegen die kapitalistische Verwertung verteidigen, zeitgleich jedoch ihn der Privatheit, in der Frauen der Verfügungsgewalt von Männern zu oft ausgeliefert sind, entreißen. In diesem Spannungsfeld können sich neue Formen des Zusammenlebens entwickeln. Ein Gemeinsames dessen, wie wir zusammenleben wollen, kann hier eruiert werden. Der Schutz von Gewalt betroffenen Frauen kann hier praktisch werden, solidarische Netzwerke können entstehen, die die vereinzelt Subjekte zu einen vermögen. Kämpfen wir dafür, dass wir leben können, wie und wo wir wollen und das in Sicherheit. Kämpfen wir für ein Leben ohne Angst. Kämpfen wir für das gute Leben für alle.

→ Fortsetzung von Seite 1: Stadtentwicklung in Aachen

Bereits 2018 musste die Stadt Aachen zugeben, dass es eine starke Tendenz zu Gentrifizierung und Verdrängung gibt.

Grund dafür sind die enormen Mietpreissteigerungen. Bei der Wohnungssuche gibt es kaum noch bezahlbare Angebote für ärmere Menschen oder Familien. Durch die hohe Nachfrage steigen die Mieten da am stärksten, wo heute noch bezahlbarer Wohnraum zu haben ist. Dazu gehören die Hörn, Driescher Hof, Kronenberg, Preuswald oder Aachen Nord. Langsam, aber sicher verändert sich dadurch das Gesicht dieser Viertel. Neubauten entstehen - fast immer mit hohen Mieten. Um die Miete in den alten Häusern zu steigern wird luxusmodernisiert. Neue Cafés und Bars freuen sich auf Hipster und Yuppies. Diese Entwicklung passiert zu Lasten der ärmeren Bevölkerung. Sie muss akzeptieren, dass sich ihr Wohnumfeld den Träumen von Unternehmen anpasst. Im schlimmsten Fall können sie sich die nächste Mietsteigerung nicht leisten und müssen wegziehen. Eine direkte Möglichkeit, Einfluss auf diesen Prozess zu nehmen, wird ihnen nicht geboten! Die Unterschicht ist von Entscheidungen zur Entwicklung ihres Lebensraums abgehängt! Viele Untersuchungen belegen diesen Umstand. Mit einem harten Job, Familie, einer kleinen Wohnung und offenen Rechnungen hast du keine Ruhe, um Infos zu der Entwicklung deines Viertels zu suchen und dich politisch einzubringen. Bezüglich der Auswirkungen von Mietsteigerungen und Problemen in der Stadtentwicklung fehlt eine öffentliche Diskussion in Aachen. Da-



Für die solidarische Stadt! (Foto: Recht auf Stadt Aachen)

für, dass 250.000 Menschen hier leben, herrscht Stille! Das ist ein deutliches Zeichen dafür, wie schwer es viele Betroffene haben. Um mehr Menschen Teilhabe zu ermöglichen, bräuchte es starken Willen in den Parteien! Viele Maßnahmen in Bildung und Kulturförderung sind nötig, um den Menschen zu ermöglichen, eine Diskussionskultur zu üben, die einer Demokratie, übersetzt Volksherrschaft, würdig ist. Es braucht dringend Maßnahmen, die die Menschen finanziell und sozial entlasten, um Zeit für Teilhabe frei zu machen. Die Bevölkerung müsste spüren, dass ihre Bedürfnisse an erster Stelle stehen. Keine der bisherigen Maßnahmen der Stadt Aachen kann dieses Gefühl vermitteln. Keine große Partei steht glaubhaft hinter diesen Forderungen! Niemals freiwillig und nur sehr ungern teilen sie ihre Entscheidungsmacht mit der

Bevölkerung. Alle großen Parteien tolerieren, dass sich die Stadtplanung seit dem Zweiten Weltkrieg an Interessen von Unternehmen und Investor*innen orientiert! Die verschiedenen Bedürfnisse der Bevölkerung müssen sich hinten anstellen.

Die Unterschicht ist von politischen Entscheidungen zur Entwicklung ihres Lebensraums abgehängt!

Ohne eine kämpferische Bewegung von unten, die es schafft, Menschen unterschiedlicher Schichten zusammenzubringen, wird sich daran nichts ändern! Seit der Arbeiter*innenbewegung ist das nicht mehr gelungen! Alle großen Proteste, sei es Radentscheid, gegen Tihange

oder auch „Fridays For Future“ wurden von der Mittelschicht getragen. Dementsprechend gering fiel bisher die Reaktion in ärmeren Teilen der Bevölkerung aus.

Dabei gibt es seit der Arbeiter*innenbewegung immer mehr Ideen, wie sich Menschen verschiedener Schichten zu einer Bewegung organisieren könnten. Es gibt viele Vorschläge wie die Bevölkerung ihr Leben, ihre Viertel oder ihre Arbeit selbstverwaltet organisieren könnte – wie gemeinsam Entscheidungen getroffen werden könnten. Leider werden die Vorteile dieser Ideen heute meistens ignoriert oder vergessen. Aber wir erinnern uns und haben aus der Geschichte gelernt: Teilhabe muss erkämpft werden!

Recht auf Stadt Aachen

Die Bastei ist ein bekanntes Gebäude in Aachen. Lange Zeit wurde sie als Kulturstätte vom „Theater K“ genutzt, das angrenzende Wohnhaus beherbergte viele Wohneinheiten. Seit 2014 steht das Gebäude leer und verfällt langsam, aber stetig. Das Wohnhaus ist mittlerweile einsturzgefährdet. Am 21. Juni 2019 wurde die Bastei im Rahmen der internationalen „Fridays for Future“-Demonstration besetzt. Die Besetzer*innen machten mit ihrer Aktion auf den massiven Leerstand, die sterbende Kulturszene und die steigenden Mieten in Aachen aufmerksam. Außerdem zeigten sie, dass Klimaschutz nicht zusammenpasst mit Abriss, Neubau und Verdrängung von ökonomisch benachteiligten Menschen.

Seit 2014 steht das Gebäude leer und verfällt langsam, aber stetig.

Im Jahr 2019 wurde die Bastei an eine Firma namens „Zeitgeist“ verkauft. Die Zuständigkeit für das Gebäude ging an die dazugehörige Tochterfirma „Zeitraum“. Diese präsentieren auf ihrer Webseite stolz die Pläne für moderne Hochglanz-Studentenappartments. Wann die Bauarbeiten beginnen sollen, ist nicht ersichtlich. „Zeitgeist“ ist eine Investment-Verwaltungsfirma, die vor allem in Tschechien, Polen, Ungarn und Deutschland agiert und dort im großen Stil Gebäude aufkauft. Die meisten davon sollen teuer saniert werden. Öffentlich präsentieren sie ihr Anliegen der Wertsteigerung und ihre primäre Investitionsquelle: deutsche Rentenfonds. Es ist also eine der Firmen, die mit dafür verantwortlich sind, dass unsere Städte sich zu rein wirtschaftlichen Orten verwandeln, die nur noch dafür da sind, Profite zu maximieren. Es geht ihnen nicht darum, dass Menschen in diesen Städten leben und sich wohlfühlen, alle ein Zuhause und einen Platz zum Schlafen haben, und dass es genug Grünflächen und Freiräume gibt, die für soziale Interaktionen, Kunst und Musik oder Jugendzentren gebraucht werden können. Firmen wie „Zeitgeist“ setzen aufsteigende Immobilien- und Grundstückspreise: Die Gebäude werden ähnlich wie Aktien als Wertanlage genutzt, bieten aber deutlich mehr Sicherheit und Geldeinnahmen. Die Gebäude,

Leerstand und Widerstand

Ein Kommentar zur Besetzung der Bastei am 21. Juni 2019

die gekauft werden, stehen oft lange leer und verfallen, bis nur noch ein Abriss möglich ist - denn ein Grundstück, auf dem neu gebaut werden kann, ist oftmals mehr wert als eines, auf dem ein bestehendes Gebäude renoviert oder verwaltet werden muss. Wenn dann neu gebaut oder aufwendig saniert wird, entstehen oftmals Dinge wie Einkaufszentren, Gewerbeflächen, teure Eigentumswohnungen oder Hotels, denn mit dieser Art Immobilien lässt sich einfach mehr Geld verdienen. Die Anliegen vieler Bewohner*innen einer Stadt, die unter horrenden Mietpreisen und Verdrängung aus der Innenstadt leiden, werden dabei mit Füßen getreten. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Geschichte rund ums „Aquis Plaza“: Dort stehen seit der Eröffnung in den umliegenden Straßen sowohl die Wohnflächen als auch die Einzelhandelsflächen im Erdgeschoss größtenteils leer.

Gebäude werden ähnlich wie Aktien als Wertanlage genutzt.

Solche Situationen entstehen dadurch, dass Investor*innen es sich leisten können, ein Grundstück oder Gebäude aufzukaufen und erstmal nichts weiter damit zu tun, denn sie müssen - anders als Kleinvermieter*innen - keine laufenden Kosten mit Mieteinnahmen decken. Sie

können einfach auf die Wertsteigerung warten und anschließend Profite, zum Beispiel über den Weiterverkauf, erzielen.

Die Besetzung im Juni wurde noch am selben Tag geräumt, das Gebäude bleibt weiter ungenutzt.

Auch die Bastei ist offenbar ein solches Spekulationsobjekt geworden und steht wieder leer: Die Besetzung im Juni wurde noch am selben Tag geräumt, das Gebäude bleibt weiter ungenutzt. Personen, die sich noch im Haus befanden, wurden wegen Hausfriedensbruchs angezeigt. Das Mittel der Besetzung erwies sich jedoch als effektiv, um auf den Leerstand der Bastei aufmerksam zu machen: Seitdem beziehen sich viele Leute auf das Gebäude als ein Beispiel für die verfehlte Stadtpolitik und verloren gegangene Kulturräume. Die „Aachener Nachrichten“ berichteten mehrfach, die „Linksjugend“ und die „Krachparade“ sprachen sich für eine Zwischennutzung bis zum Baubeginn aus. Sie nutzten die geschaffene Aufmerksamkeit, um die Stadtentwicklung und den Leerstand in Aachen anzuprangern. Die Aktionsform, die die Bastei wieder auf die Agenda setzte, wurde hierbei aber zu oft außen vorgelassen. Ver-

einzel gab es klare Solidaritätsbekundungen, aber häufig wurde die Besetzung auch komplett übergangen. Dabei wäre es äußerst sinnvoll, dieses Mittel deutlich als legitimen Widerstand gegen Mietenwahnsinn und Co. zu benennen und positive, unterstützende Positionen einzunehmen.

Eine Trennung der Gruppen, die im rechtsstaatlichen Rahmen agieren und derer, die ihre Mittel und Wege nicht anhand von Legalität, sondern Legitimität wählen, kommt dabei Politiker*innen und Investor*innen zu Gute. Dies wurde bereits bei der Besetzung der „Muffi“ im Sommer 2018 deutlich, als der Eigentümer BLB¹ die Hausbesetzung verurteilte und dazu aufrief, doch stattdessen einfach gegen Leerstand zu demonstrieren. So werden Distanzierungen zwischen verschiedenen Aktionsformen provoziert.

Diese Strategie kennen wir auch vom Klimaschutz: Hier wird [...] häufig versucht, legale und militante Aktivist*innen zu spalten.

Diese Strategie kennen wir auch vom Klimaschutz: Hier wird ebenfalls häufig versucht, legale und militante Aktivist*innen zu spalten. So warnte die Polizei auch am 21. Juni 2019 mit unterschwelligem Gewaltandrohung Demonstrierende davor, sich den „Straftäter*innen“ von „Ende Gelände“ anzuschließen.² Denn eine Verinselung der Kämpfe macht uns weniger gefährlich – deswegen müssen wir uns dagegen entschieden wehren! Da sich Politiker*innen und Investor*innen in einer machtvollen Position befinden und mit der Polizei auch noch das staatliche Gewaltmonopol hinter sich wissen, müssen diejenigen, die sich dagegen wehren, umso mehr zusammenhalten.

Wir wünschen uns einen solidarischen und wertschätzenden Umgang miteinander. Lasst uns zusammenstehen gegen Firmen wie „Zeitgeist“, die Leerstand verwalten und Spekulation betreiben. Gemeinsam für ein soziales und vielfältiges Aachen!

Knit & agitate



Besetzung der Bastei am 21. Juni 2019. (Foto: aachenbesetzen.noblogs.org)

¹Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW, eine Immobilieninstitution des Landes • ²Siehe z.B. <https://taz.de/Blockaden-im-Braunkohlerevier/!5598258/>, <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/11559/4289710>

Wirklichkeit und Wahrnehmung klaffen zuweilen weit auseinander, wenn es um die Frage danach geht, wem die Stadt denn nun gehöre. Das „Wir brauchen keine Hausbesitzer, denn die Häuser gehören uns“ der Scherben erinnert daran ebenso, wie die auf Mietendemos vorgebrachte Behauptung: „Wohnraum ist keine Ware!“. Während bei den Scherben die Existenz der Hausbesitzer zwar anerkannt wurde, man jedoch die Notwendigkeit ihrer gesellschaftlichen Funktion infrage stellte, wird im zweiten Fall unter offensichtlicher Verdrängung der monatlich fälligen Mietzahlung so getan, als wäre Wohnraum ein außergesellschaftliches Ding. Außergesellschaftlich deshalb, weil es so klingt, als hätte eine Wohnung qua Natur eine höhere Bestimmung, als der Vermehrung des schönen Mammons zu dienen. Dieser Zweck, die Generierung von Profit, ist jedoch der Zweck der Warenproduktion, womit wir beim Kapitalismus wären, der zwar auch „Schweinesystem“,

Wohnraum ist eine Ware!

vor allem aber eines ist: Warenproduzierendes System, das die Spielregeln der Gesellschaft in entscheidendem Maß diktiert.

Kapitalismus [...] zwar „Schweinesystem“, vor allem aber eines [...]: Warenproduzierendes System.

Dieses System der Warenproduktion ist die Ursache der Misere moderner Städte, die sich in unterschiedlichen Schattierungen zwischen den Polen der Sozialbaughettos als Verwahreinrichtungen für die Überflüssigen auf der einen und den Wohlstandshettos der „Gated Communities“ auf der anderen Seite zeigt.

Setzen wir voraus, dass in einem warenproduzierenden System Wohnraum ebenso wie ein Laib Brot den Warenstatus innehat, stellt sich

die Frage, was diesen Status denn nun konkret ausmacht. Ware sein bedeutet, dass der Zweck des produzierten Dings nicht die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse ist. Ihr Zweck ist die Bedienung einer zahlungskräftigen Nachfrage, das heißt, Geld mit dem produzierten Ding zu vermehren. Zwar erfüllen auch Waren menschliche Bedürfnisse, das Bedürfnis nach einem Dach über dem Kopf wird auch durch warenförmigen Wohnraum befriedigt, aber nur, wenn der dafür fällige Preis bezahlt wird. Dem Wohnraum sind die gesellschaftlichen Produktionsbedingungen eingeschrieben. Sie zeigen sich im Doppelcharakter einer jeden Ware: Träger von Gebrauchs- und Tauschwert zu sein, ein Status, der gesellschaftlich produziert ist.

GW: im Winter nicht unter der Brücke erfrieren; TW: 765€ + NK, beste Innenstadtlage.

Das Wesen des warenproduzierenden Systems, das solche Irrationalität fortlaufend produziert, beruht auf allseitiger Konkurrenz, die auch durch die Lüge von der „Sozialen Marktwirtschaft“ nicht ausgehebelt werden kann. Diese Konkurrenz ist gnadenlos und greift vom Immobilienkonzern über die Städte (Die ihren Warencharakter bestenfalls noch notdürftig hinter den Werbeplakaten für die kulturellen/historischen/innovationsfreundlichen Vorzüge ihres Standortes zu verdecken versuchen) auch auf die Studentin zu, die sich mit etwas Pech in der Situation widerfindet beim „WG Casting“ die anmaßende Jury am Küchentisch davon überzeugen zu müssen, besser ihr als ihrer Freundin das freie 10m² Zimmer zu geben. Von den Alleinerziehenden, Multijobgenden, Langzeitarbeitslosen, Aufstockenden ganz zu schweigen. Das System der kapitalistisch organisierten

Warenproduktion ist allgegenwärtig und greift noch auf die alltäglichsten und grundlegendsten Dimensionen menschlichen Lebens zu, wie es sich beim warenförmigen Wohnraum beispielhaft zeigt. Dementsprechend sind Fragen nach einer möglichen Zählung des Kapitalismus für eine radikale Linke ebenso sinnlos, wie eine moralinsaurer und folgenloser Skandalisierung der Zumutungen des kapitalistischen Normalvollzugs. Dieses Geschäft sollte, das der Sozialdemokratie und der Wohlfahrtsverbände bleiben.

Die Frage „Wem gehört die Stadt?“ gehört entsorgt, da sie längst beantwortet ist: Sie gehört den Saurens, Vonovias, der Deutschen Wohnen und der Staat als ideeller Gesamtkapitalist wird mit Art. 14 GG. Satz 1 dafür sorgen, dass es erst mal so bleibt.

„Wem gehört die Stadt?“ [...] Sie gehört den Saurens, Vonovias, der Deutschen Wohnen.

Damit es nicht immer so bleibt, sollten also nicht länger längst beantwortete Fragen diskutiert werden. Es gilt die Kritik der politischen Ökonomie wieder auf die Tagesordnung der radikalen Linken zu setzen, als Voraussetzung dafür, die warenförmige Vergesellschaftung angemessen zu kritisieren und auf ihre Überwindung hinarbeiten zu können. Damit die Forderung „die Häuser denen, die drin wohnen“ verwirklicht werden kann, denn die Realität spottet den Möglichkeiten seit langem und das nicht nur beim Thema Wohnen.

Dieser Beitrag ist die gekürzte Version eines Textes, den ihr auf unserer Internetpräsenz findet.

Diskursiv Aachen



Banner am Büchelparkhaus: „Eine Stadt ist kein Unternehmen!“ - Oder doch? (Foto: Recht auf Stadt Aachen)

Für die einen sind die besetzten Häuser Privateigentum, das gewahrt werden muss, für die anderen sind diese Häuser genau das, was wir uns wohl alle vom Leben erhoffen – die Möglichkeit selbstbestimmt zu leben oder zumindest ein notwendiger Schritt in diese Richtung. In Zeiten aufgeschickter Städte und Designer-Wohnungen sind Hausbesetzungen nicht nur eine Frage von sinnvoller Ressourcennutzung, sondern eben auch alte, emanzipatorische Tradition und gelebter Protest. Die Gründe ein Haus zu besetzen sind vielfältig: Widerstand gegen schwindelerregende Mieten, die sich die Stadtbewohner*innen zunehmend weniger leisten können, Lifestylequatsch und Gentrifizierung, aber eben auch das in Frage stellen von Besitzverhältnissen, Recht auf Stadt, Profit am Leerstand oder der Wunsch nach selbstverwalteten Räumen.

[...] haben wir in Aachen eine ebenfalls lebendige Hausbesetzungskultur.

Die meisten Häuser wurden in der BRD wohl rund um die 68er und 80er Jahre besetzt. Nostalgisch schauen wir heute auf eine Vielzahl Schwarz-Weiß-Bilder zurück: Langhaarige Menschen in Häusern, die voll mit Polittranspibehängen sind, im Hintergrund laufen Lieder wie der Rauch-Haus-Song von „Ton, Steine, Scherben“. Doch was ist heute aus den ganzen Besetzungen geworden? Der Großteil wurde entweder geräumt oder existiert mittlerweile unter legalen Bedingungen, beispielsweise durch eingetragene Vereinsstrukturen – was jedoch nicht zwangsläufig bedeutet, die Häuser seien nicht mehr räumungsbedroht. Gerade in den beiden vergangenen Jahren flatterte bei vielen Projekten die Räumungsklage ins Haus, beispielsweise in der Rigaer- und in der Liebigstraße in Berlin. Einige Räumungen wurden dort bereits aufsehenerregend durchgesetzt, der Protest gegen Weitere dauert an.

Dabei brauchen wir gar nicht so weit nach Berlin zu blicken, haben wir doch in Aachen eine ebenfalls lebendige und lang zurückreichende Hausbesetzungskultur. Gerade in den 1980er Jahren gab es viele Besetzungen, beispielsweise in der

We will never stop squatting

Sich das Leben dort zurück erkämpfen, wo man zu Hause ist

Otto- sowie Kasinostraße, das „Cafe Murkx“, das seinen Platz im heutigen „Guinness House“ hatte, oder das „Räuber-Hotzenplotz-Haus“ in der Nähe des Markts. Egal an welchem Ort, es ging immer auch um das Erkämpfen eines Autonomes Zentrums, welches es damals noch nicht gab. Erst Ende 1992 konnte durch den öffentlich erzeugten Druck der vorangegangenen Besetzungen und durch Verhandlungen mit der Stadt Aachen das „Autonome Zentrum“ im alten Bunker in der Hackländerstraße eröffnet werden. Danach wurde es recht still. Zum Jahreswechsel 2011/2012 besetzten Menschen erneut ein Gebäude in der Kasinostraße. Die Besetzung hielt nur kurze Zeit, verließ jedoch der Forderung nach mehr sozialen Räumen in Aachen Nachdruck.

Erst im Sommer 2018 wurde erneut besetzt: Ein Gebäude des BLB im Muffeterweg 5, liebevoll die „Muffi“ genannt. Die Hausbesitzer*innen machten damit auf die vielen leeren Gebäude des BLB aufmerksam, aber sie protestierten auch gegen den enormen Leistungsdruck an Schulen und Unis und gegen die Eliteinstitution RWTH, die beispielsweise für die Rüstungsindustrie entwickelt und forscht. Die „Muffi“ bot ein volles und buntes Programm von Filmabenden, über Vorträge und Diskussionsrunden. Es gab auch praktische Workshops beispielsweise im ebenfalls besetzten Garten, der ein Gemeinschaftsgarten werden sollte, oder einen stets voll bestückten Fairteiler, in dem containerisiertes Essen angeboten wurde. Nach dreieinhalb Wochen wurde die „Muffi“ von einem riesigen Polizeiaufgebot geräumt und damit erneut dem Verfall überlassen.

Die Muffi bot ein volles und buntes Programm.

Am 21. Juni 2019 wurde während der internationalen Großdemonstration von „Fridays For Future“ die Bastei besetzt. Das Gebäude stand seit 2014, aufgrund des hohen Renovierungsbedarfs, dem der Vermieter nicht gerecht

wurde, leer. Den Besetzer*innen gelang es, den Demonstrierenden die Verbindung von Hausbesetzungen und Umweltaktivismus schnell deutlich zu machen – Instandsetzung und ressourcenorientiertes Handeln statt Abriss und Neubau. Das Gebäude wurde noch am selben Tag von der Polizei geräumt.

Nach 3 ½ Wochen wurde die Muffi [...] erneut dem Verfall überlassen.

Damals wie heute gibt es zahlreiche gute Gründe Häuser zu besetzen. Wir haben zwei Hausbesetzerinnen für ein Interview begeistern können. Liese Lotte war in den 1980er Jahren in der Hausbesetzungsszene in Aachen aktiv, Zora in der heutigen Zeit.

Was waren und sind die Motivationen damals und heute ein Haus zu besetzen?

Liese Lotte: Leider sind es heute immer noch fast die gleichen wie damals. Wir kritisierten mit den Besetzungen die viel zu hohen Mieten und die daraus resultierende große Obdachlosigkeit hunderter Menschen in Aachen. Der erschwingliche Wohnraum reichte damals schon nicht aus.

Zora: Das ist heute kein Stück anders. Statt leere Häuser zur Verfügung zu stellen, geht es den Besitzer*innen nur um den Profit. Die Gentrifizierung in Aachen ist stark vorangetrieben worden.

Liese Lotte: Ja. Seit 1981 bestand ebenso die Forderung nach Räumen für ein Autonomes Zentrum. Das konnten wir durch die vielen Besetzungen zwar erwirken, aber eigentlich bräuchten wir mehr. Eins wird dem Bedarf der Menschen bei Weitem nicht gerecht. Das sieht man beispielsweise an der Resonanz, die wir mit unserer KüFa (Küche für alle) damals hatten. Zweimal die Woche versorgten wir Hausbesetzer*innen, Sympathisant*innen und Menschen ohne Obdach – und das auf Spendenbasis. Wo gibt es das sonst?

Wie waren die Reaktionen der Stadt und der Anwohner*innen?

Zora: Klar standen uns nicht alle unkritisch gegenüber, aber die meisten fanden die „Muffi“ gut und haben uns unterstützt. So durften wir beispielsweise bei Nachbar*innen duschen und Wasser holen und sie kamen dann bei uns essen. Es gab auch eine Umfrage in den Aachener Nachrichten zur „Muffi“. Nur 22% hatten kein Verständnis für die Besetzung, ganze 64% aber schon. Der Rest meinte, man hätte anders auf das Problem aufmerksam machen können. Das finde ich schon sehr aussagekräftig. Die Menschen sehen die Probleme in der Stadt, genau wie wir.

Liese Lotte: Das war bei uns ähnlich. Natürlich fanden die Besetzungen nicht alle gut. Die Konservativen regen sich wohl damals wie heute darüber auf. Unsere Konzerte und KüFas waren immer proppevoll. Für die Stadt und die Polizei waren wir ein Dorn im Auge. So gab es beispielsweise eine Aussage der Polizei im Radio, wir sollten mit diesem Unsinn aufhören und sie bekämen uns eh alle. Das war natürlich eine deutliche Kampfansage, die die Verhältnisse sehr klar herausstellte.

Zora: Da haben wir ähnliche Erfahrungen gemacht. Mit der „Muffi“ kamen wir sogar in den Verfassungsschutzbericht, als wären wir Schwerverbrecher*innen. Während der letzten Besetzungen hat natürlich niemand unsere Forderungen ernst genommen. Damit haben wir aber auch nicht gerechnet. Deshalb nehmen wir Sachen ja selbst in die Hand, indem wir Häuser besetzen.

Heißt das, ihr werdet weiterhin besetzen?

Zora: Haha. Das bleibt abzuwarten.
Liese Lotte: Ich denke wir können hier von einer gewissen Notwendigkeit sprechen, denn geändert hat sich jedenfalls noch nie etwas ohne unser Zutun.

Anonyme Hausbesetzerin

Protestkultur in Aachen

16. Mai: Anlässlich einer Kundgebung der AfD am Hauptbahnhof und einer Versammlung von Verschwörungsgläubigen organisiert das Bündnis „Solidarität statt Hetze“ Proteste gegen rechts und Verschwörungsideologien, an denen sich insgesamt ca. 500 Menschen beteiligen.

09. Mai: „Seebrücke Aachen“ hält eine Kundgebung am Elisenbrunnen ab. Dabei wird die Evakuierung der überfüllten Flüchtlingslager und ein menschenwürdiger Umgang mit Geflüchteten gefordert. Später wird diese Kundgebung durch eine Versammlung von Verschwörungstheoretiker*innen vom „Widerstand 2020“ gestört und muss abgebrochen werden.

08. Mai: In Aachen finden an Markt und Elisenbrunnen zwei Kundgebungen verschiedenster Organisationen zum 75. Jahrestag der Befreiung von der Herrschaft des Faschismus: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“

05. Mai: „Ende Gelände Aachen“ organisiert mit über 50 Menschen eine Radtour durch die Stadt „gegen die Abwrackprämie“ und fordert „Verkehrswende statt Klimakrise“.

02. Mai: Solidarische Aktion zur Polizeigewalt in Wuppertal am 01. Mai. Einige Plakatwerbungen mit dem Inhalt „Wir sagen danke. Unsere Corona-Helden?“ inkl. Polizei-Illustration wurden mit „Überall Polizei, nirgendwo Gerechtigkeit“ und „Bullenschweine“ übermalt.

02. Mai: Kundgebung vom „Bürger*innenasyl Aachen“ mit ca. 50 Menschen am Markt. „Flucht ist kein Verbrechen“, „Solidarität mit Geflüchteten! Lager evakuieren!“ Eine Pressemitteilung findet sich auf der Internetpräsenz des „Bürger*innenasyl Aachen“.

01. Mai: Zwei Transparente tauchen an einer Brücke in der Junkerstraße auf. Die Aktion wird unter dem Motto „Steine auf die Schweine, Banner an die Brücken!“ veröffentlicht. Ein Banner fordert „Lager evakuieren statt Nachbarn denunzieren“ und ein Zweites erinnert an „Arkan Hussein Khalef – vorm IS geflohen, in Celle ermordet. Rassismus tötet!“.

01. Mai: „Diskursiv Aachen“ beteiligt sich an der „Evacuate Moria – Shut Down Capitalism“ Aktionswoche von @beyondeurope. An verschiedenen Stellen stehen Menschen mit Transparenten und Schildern: „Europa – Bullen – Frontex: Die Täter tragen blau“ am Europaplatz, „Das Problem heißt Rassismus“ vor dem Ausländeramt, „Hotels öffnen für Geflüchtete – Lager evakuieren“ vor einem Ibis-Hotel und „Wir brauchen den Lohn, aber nicht die Arbeit #shutdowncapitalism“ vor Continental.

24. April: „Fridays For Future“-Aktivist*innen sorgen für über 400 Demoschilder mit verschiedenen Forderungen am Elisenbrunnen. Das Motto: „Fight every crisis“.

24. April: Adbusting Aktion an mehreren Stellen in der Innenstadt zum „Fridays For Future“-Großstreik. Die Plakate machen z.B. darauf aufmerksam: „Kohlekraft ist nicht systemrelevant“.

21. April: An der Kreuzung A44 mit dem Vennbahnweg taucht ein Graffiti in Solidarität mit den geflüchteten Menschen in den Lagern an den EU-Außengrenzen auf. „No Border, no Nation“.

19. April: Ein Banner an einem Balkon mit der Aufschrift „System change is possible!“ macht neben der Coronakrise auf die Klimakrise aufmerksam.

→ Fortsetzung auf Seite 7

Flachwitze mit Torben

Wie nennt man einen kommunistischen Kleingartenverein?

→ Auflösung auf Seite 7

Nicht jedes Leben ist gleich viel wert

Zur Lage von Geflüchteten an den EU-Außengrenzen und in Europa zu Zeiten von Corona

Das Wort Solidarität hat zurzeit Hochkonjunktur. Während das Virus SARS-CoV-2 die Welt in Atem hält, schallt es uns von allen Seiten entgegen. Die ganze Gesellschaft soll in diesen Zeiten zusammenhalten, um die Schwächsten zu schützen. Doch die Solidarität ist nicht für alle da:

Staaten schotten sich ab, Grenzen werden geschlossen, auf dem Weltmarkt wird um Schutzausrüstung konkurriert, Verschwörungstheorien erfreuen sich immer größerer Beliebtheit und Rassismus und Misstrauen gegenüber dem „Fremden“ steigen an.

Seuchenschutz statt Seenotrettung

Besonders erschreckend ist das fast völlige Erliegen der Seenotrettung im Mittelmeer seit Beginn der Pandemie. Seit Jahren schon sterben Menschen dort bei dem Versuch, nach Europa zu kommen. Seit Jahren schaut ein Großteil der europäischen Staaten und ihrer Bewohner*innen tatenlos den Bildern von ertrinkenden Menschen im Fernsehen zu. Menschen aus Seenot zu retten ist ein Ausdruck grundlegender Menschlichkeit und eine im internationalen Recht festgehaltene Verpflichtung. Doch die EU-Staaten ignorieren diese Aufgabe aus politischem Kalkül.

Seit Jahren schaut ein Großteil der europäischen Staaten [...] tatenlos den Bildern von ertrinkenden Menschen [...] zu.

Sie wollen verhindern, dass Geflüchtete nach Europa gelangen. Bilder von ertrunkenen Geflüchteten sollen andere Menschen von der Flucht nach Europa abhalten. Zusätzlich zu dieser perfiden Strategie unterstützt die EU die mehr als dubiose libysche „Küstenwache“, die die Geflüchteten vor Europa abfangen soll und sie oft illegal nach Libyen zurückbringt. In diesem völlig zerrütteten Staat werden die Menschen in Internierungslager gesperrt, gefoltert, verklavt, vergewaltigt, misshandelt und getötet, wie unter anderem „Ärzte ohne Grenzen“ immer wieder berichtet.

Da die europäischen Staaten die Seenotrettung im Mittelmeer nicht gewährleisten, haben stattdessen private, spendenfinanzierte Organisationen diese Aufgabe übernommen. Sie werden dabei zu allem Überfluss seit Jahren blockiert, sabotiert und kriminalisiert, vor allem von den

Mittelmeerstaaten Italien und Malta.

Nun, in Zeiten der Pandemie, wird diese Situation weiter verschärft: Menschen, die weiterhin versuchen, über das Meer Europa zu erreichen, sollen nicht mehr gerettet werden. In einem Brief des Innenministeriums vom 06. April 2020 an deutsche Seenotrettungsorganisationen heißt es: „Angesichts der aktuellen schwierigen Lage appellieren wir deshalb an Sie, derzeit keine Fahrten aufzunehmen und bereits in See gegangene Schiffe zurückzurufen.“

Nun, in Zeiten der Pandemie, wird diese Situation weiter verschärft.

Grund dafür sei, dass Italien und Malta die Aufnahme von aus Seenot geretteten Flüchtlingen und Migrant*innen aufgrund der Corona-Krise verweigerten. Die Organisation „Sea-Eye“ stellte in einem offenen Brief klar, dass sie dieser Aufforderung des Innenministeriums nicht nachkommen werden: „Wir wollen Ihnen heute deutlich mitteilen, dass wir gegen diesen unsäglichen Appell entschieden protestieren und ihm auf jede erdenkliche Weise widersprechen. Menschen wegen des Ausbruchs einer Pandemie im Mittelmeer ertrinken zu lassen, ist ein genauso schlechter Grund wie jeder andere Grund, der bisher in der Debatte um die Rettung von Schutzsuchenden auf dem Mittelmeer vorgetragen worden ist.“

Als der Brief des Innenministeriums bei „Sea-Eye“ eintraf, hatte diese auf ihrem Rettungsschiff „Alan Kurdi“ gerade 150 aus Seenot gerettete Menschen an Bord. Dem Schiff wurde zwölf Tage lang der Zugang zu europäischen Häfen verwehrt, bevor die geretteten Menschen schließlich vor Palermo auf ein italienisches Quarantäneschiff evakuiert wurden.

„Menschen wegen des Ausbruchs einer Pandemie im Mittelmeer ertrinken zu lassen, ist ein genauso schlechter Grund wie jeder andere.“

An Ostern, nur einige Tage nach dem Ende der Odyssee der „Alan Kurdi“, starben aufgrund der europäischen Grenzpolitik weitere zwölf Menschen. Sie befanden sich in einer Gruppe von 63 Menschen an Bord eines kleinen, in Seenot geratenen Bootes, das seine Position an die Organisation „AlarmPhone“ durchgegeben hatte. Wie „AlarmPhone“ auf ihrer Homepage schreibt

, wussten die Behörden in Malta, Italien, Libyen, Portugal, Deutschland und auch Frontex über die Notlage Bescheid. Über sechs Tage wurden die Menschen nicht gerettet, obwohl sie sich in der maltesischen Rettungszone befanden. Sie wurden schließlich von einem libyschen Fischerboot offenbar heimlich nach Libyen zurückgebracht. Dort gingen nur 51 Menschen an Land, zwölf starben vorher. Die Überlebenden befinden sich nun in einem der schrecklichen libyschen Internierungslager.

Die Hölle der griechischen Lager

Doch das Mittelmeer ist nicht der einzige Schauplatz der tödlichen EU-Grenzpolitik. Zur gleichen Zeit werden in Griechenland weiterhin zehntausende Geflüchtete in verschiedenen Lagern festgehalten. Sowohl auf den Inseln als auch im Landesinneren spitzten sich die Zustände dort insbesondere in den letzten Monaten zu. Viele Menschen leben unregistriert in den Lagern, die meisten sind hoffnungslos überfüllt. Das bekannteste Beispiel ist mit Sicherheit Moria auf Lesbos, dort leben 20.000 Menschen in einem für 3.000 angelegten „EU-Hotspot“. Doch auch Lager wie Malakasa bei Athen sind viel zu voll. Die Lebensbedingungen sind unerträglich: Es gibt zu wenig Platz, zu wenig Essen, kaum Wasser, wenig bis keine gesundheitliche Versorgung. Dazu kommen Angriffe auf Geflüchtete durch Faschist*innen und die lokale Bevölkerung.

Das bekannteste Beispiel ist mit Sicherheit Moria auf Lesbos, dort leben 20.000 Menschen in einem für 3.000 angelegten Camp.

Seit Beginn der COVID-19-Pandemie gibt es Aufrufe, die Lager sofort zu evakuieren, um zu verhindern, dass sich zusätzlich auch noch diese Krankheit dort ausbreitet. Abstand und grundlegende Hygieneregeln können nicht eingehalten, kranke Menschen nicht ausreichend behandelt werden. Aber die schnelle Hilfe blieb aus. Trotz bestürzter Lippenbekenntnisse verschiedener Politiker*innen hat Deutschland bisher nur 47 minderjährige Geflüchtete aus Moria aufgenommen. 47 von 20.000 Menschen – ein Armutszeugnis für eines der reichsten Länder der Welt.

Viele Kommunen und auch Einzelpersonen in

→ Fortsetzung auf Seite 5



Refugee Protest in Moria. (Foto: Mission Lifeline/Tessa Kraan)

→ Fortsetzung von Seite 4: Nicht jedes Leben ist gleich viel wert
 Deutschland haben immer wieder ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Geflüchteten bekundet. Die EU hätte die Möglichkeiten, die Menschen aus den Lagern dezentral unterzubringen. Dieses Vorgehen wäre das einzig humane in dieser Situation. Die meisten Staaten haben in den letzten Wochen gezeigt, dass sie in hohem Maße handlungsfähig und in der Lage sind, innerhalb kürzester Zeit Krisenbewältigungsprogramme auf die Beine zu stellen – sofern denn der Wille und der politische Druck groß genug sind.

Im Herzen der Bestie...

Doch nicht nur in Griechenland; weltweit und auch in den anderen EU-Ländern gibt es Lager für Geflüchtete, die sich zurzeit in einer besonders prekären Situation befinden. Ein Beispiel sind die – obwohl aus der öffentlichen Wahrnehmung fast verschwunden – Zeltcamps von

Geflüchteten in Calais und Grande-Synthe bei Dunkerque, in denen bei Beginn der Krise trotz der Winterzeit etwa 1.500 Menschen lebten, die nun mit einer enormen Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen sowie gewaltsamen Übergriffen der Polizei zu kämpfen haben.

Ein Skandal ist auch die Inhaftierung von Geflüchteten in der als Abschiebegefängnis genutzten JVA Büren.

Ein Skandal ist auch die Inhaftierung von Geflüchteten in der als Abschiebegefängnis genutzten JVA Büren – nicht mit dem Ziel der Abschiebung, sondern allein aufgrund des Infektionsschutzgesetzes. Der dortige Verein „Hilfe für Menschen in Abschiebehaft“ findet die Inhaftierung von Flüchtlingen nach dem IfSG in einem Abschiebegefängnis „rechtlich sehr

bedenklich und für die Betroffenen äußerst diskriminierend“.

Zweierlei Maß

Die Lage von Geflüchteten in der EU und an den Außengrenzen, ohnehin schon prekär, hat sich durch die Pandemie drastisch verschlechtert. Es wird deutlich, dass der Wert eines Menschlebens in Europa sehr unterschiedlich bemessen wird: Wer keinen europäischen Pass hat, den lässt man im Mittelmeer ertrinken. Menschen mit deutschen Pässen werden mit großem Aufwand aus der ganzen Welt in die Heimat zurückgeflogen. Ganz Europa geht auf „social distance“, um das Leben von Risikogruppen zu schützen, und gleichzeitig sind Geflüchtete in überfüllten Lagern interniert. Das Problem ist Rassismus: Die Herkunft, die Hautfarbe, der Pass – diese Dinge dürfen nicht der Grund dafür sein, dass Menschen aus der gesellschaftlichen Solidarität

ausgeschlossen werden.

Wir fordern deshalb die sofortige Evakuierung aller Lager und die dezentrale Unterbringung der geflüchteten Menschen auf freiwilliger Basis in menschenwürdigen Unterkünften wie z.B. ungenutzten Hotels, Ferienwohnungen oder leerstehenden Häusern. Zudem müssen alle Abschiebungen gestoppt und Menschen ohne Papiere legalisiert werden, damit sie Zugang zu sicherer Unterbringung und dem Gesundheitssystem haben. Die Seenotrettung muss wieder aufgenommen werden. Die Corona-Krise darf nicht zur Begründung dafür werden, dass Menschen an anderer Stelle dem Tod überlassen werden!

Für die globale Solidarität und ein Ende der tödlichen EU-Grenzpolitik!

**AK Antifa Aachen
 Bürger*innenasyl Aachen**

Quellen: <https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/presse/libyen-stopp-illegaler-rueckfuehrungen> • <https://sea-eye.org/offener-brief-an-innenminister-seehofer/> • https://alarmphone.org/en/2020/04/16/twelve-deaths-and-a-secret-push-back-to-libya/?post_type_release_type=post • <https://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlingsdrama-im-mittelmeer-europas-toedliche-verzoegerungstaktik-a-4ce6655f-9d49-43a8-b360-b6e44585d414> • <https://www.proasyl.de/news/fluechtlings-in-malakasa-wir-sind-auf-uns-allein-gestellt/> • <https://calais.bordermonitoring.eu>, Meldungen v. 26./29. März 2020 und 4./10./14./19./24./27./28. April 2020 • <http://www.gegenabschiebehaft.de/hfmla/pressealias/pressemitteilungen/corona-fluechtlingshaftanstalt-bueren.html>

Erfahrungsbericht aus Lesbos

Der Kampf für Freiheit und ein selbstbestimmtes Leben

Dieser Text besteht aus persönlichen Eindrücken und Kommentaren aus meiner Zeit auf Lesbos an der griechischen EU-Außengrenze, wo ich Anfang 2020 für sechs Wochen als Freiwillige war. Das dortige Flüchtlingslager Moria ist ursprünglich für 3.000 Menschen ausgelegt. Mittlerweile leben dort über 20.000 Personen, die auf der Flucht sind vor unmenschlichen Lebensbedingungen und ironischerweise jetzt in ebenso unmenschlichen Bedingungen gefangen sind.

30. Januar 2020: Etwa 300 Frauen, die im nahegelegenen Lager Moria leben, ziehen durch die Straßen von Mytilini, der Hauptstadt von Lesbos. Sie blockieren den Verkehr, schreien ihre Forderungen nach Freiheit und Selbstbestimmung hinaus. Viele Menschen sind gezwungen, über Monate oder sogar Jahre auf der Insel auszuharren: Asylverfahren laufen schleppend und unübersichtlich, es gibt kaum Zugang zu rechtlicher Hilfe. Es gibt nicht genug Duschen, Dixiklos laufen über, für Essen muss man stundenlang anstehen. Die Lage von Frauen und LGBTQ-Personen ist besonders prekär: Zusätzlich zu der alltäglichen Gewalt durch Sicherheitskräfte, Polizei und Faschist*innen sind insbesondere diese Gruppen durch Spannungen und Gewalt innerhalb des Camps gefährdet.

Ich stehe mit zwei Freundinnen am Straßenrand neben der Demo, als uns zwei Polizisten befehlen, mitzukommen und uns mit aufs Revier nehmen. Insgesamt sind neun europäische Frauen dort. Unsere Personalien werden festgestellt, wir werden gefragt, was wir auf der Insel machen und was wir auf der Demo wollten. Nach ein paar Stunden dürfen wir gehen, die einzige Antwort auf die Frage, was das Ganze sollte, ist: „We are the police“. Unsere Vermutung ist, dass die Polizei Verantwortliche für die Demonstration sucht und den geflüchteten Frauen schlichtweg nicht zutraut, sich selbst zu organisieren.

3. Februar 2020: Inspiriert von der erfolgreichen Frauendemo protestieren rund 2.000 Geflüchtete gegen die untragbaren Zustände im Lager Moria. Auf der Straße nach Mytilini wird die Demo von einer Straßensperre der griechischen Polizei aufgehalten, die wenig später anfängt, die Menschen – unter ihnen zahlreiche Familien, Kinder und Babys in Kinderwägen – mit Tränengas zu beschießen. Auch Menschen, die versuchen, von den Geschehnissen weg zu kommen, die Panikattacken haben oder ohnmächtig geworden sind, werden weiterhin mit Tränengasgranaten beworfen. Ein Teil der Demo, der versucht, über die an die Straße angrenzenden Hügel weiter in die Hauptstadt zu kommen, gerät in eine lebensgefährliche Situation, als die Geschosse der Polizei die Büsche in Brand set-

zen und viele Menschen zwischen Feuer auf der einen und Tränengas auf der anderen Seite gefangen sind.

Ich hocke am Straßenrand und versuche [...] eine panische Frau und ihre zwei [...] Töchter von dem [...] Tränengas abzuschirmen. Ein Polizist schaut mir mitten ins Gesicht. Dann feuert er Tränengas direkt in unsere Richtung.



Demonstration in Moria. (Foto: Privat)

Ich hocke am Straßenrand und versuche notdürftig, mit meiner Jacke eine panische Frau und ihre zwei erstaunlich ruhigen, wenn auch ziemlich verquollenen Töchter von dem mit dem Wind herbeiwahenden Tränengas abzuschirmen. Meine Maalox-Lösung zum Auswaschen von Augen ist alle, von Wasser wird das Brennen nur schlimmer. Ein paar Protestierende unterstützen sich gegenseitig, indem sie kleine Stücke Pappe oder Papier anzünden und ihr Gesicht in den entstehenden Rauch halten – das lindert den Schmerz in Lunge, Gesicht und Augen etwas. Ich drehe mich um und gucke auf die Polizeikette hinter uns. Ein Polizist schaut mir mitten ins Gesicht. Dann feuert er Tränengas direkt in unsere Richtung.

Die Polizei hat offenbar mehrere Gründe, aus denen sie die Menschen nicht in die Innenstadt lassen will: Zum einen kann sie so unbemerkt von Presse und Bevölkerung derart brutal agieren. Zum anderen sollen die Stimmen der Geflüchteten unterdrückt werden: Die Politik will das Bild der Geflüchteten als passive, unpolitische Objekte beibehalten, um ihren entmündigenden, unmenschlichen Umgang mit diesen zu rechtfertigen. Dies zeigt sich wieder und wie-

der, im Niederschlagen von Demonstrationen, in Arbeitsverboten oder dem Verbot, selbst auszusuchen, wo man leben möchte. Ebenso in der massiven Repression, die selbstorganisierten Projekten von Geflüchteten entgegenschlägt, oder auch im gewaltsamen Brechen des Hungerstreiks der Gefangenen im Abschiebeknast von Moria Anfang April. Über Geflüchtete wird verhandelt wie über eine Ware. Dass diese ein Recht haben, ihr Schicksal selbst mitzubestimmen und sehr wohl bereit sind, für ein besseres Leben zu arbeiten und zu kämpfen, passt da nicht ins Bild.

In den Tagen nach der Demo finden sich einige rechte Schlägertrupps zusammen. Diese errichten Straßensperren, Geflüchtete und Freiwillige werden nicht durchgelassen oder angegriffen. Die Faschist*innen sind teilweise bewaffnet. Die Situation spitzt sich über den folgenden Monat mehr und mehr zu und eskaliert schließlich in einer Auseinandersetzung mit der Riot Police Ende Februar, die den Bau eines geschlossenen Lagers im Norden der Insel beschützen soll. Eine absurde Mischung aus extrem Rechten, Mitgliedern der kommunistischen Partei, Geflüchteten, Freiwilligen, Anarchist*innen und Antifaschist*innen kämpft gegen die Polizei, um die Errichtung eines geschlossenen Lagers im Norden von Lesbos zu verhindern. Die einen aus der rassistischen Motivation heraus, dass sie die Geflüchteten im Allgemeinen nicht auf der Insel haben wollen, die anderen aus der Überzeugung, dass die Lösung nicht sein kann, Menschen noch mehr einzusperren und zu beschränken als sowieso schon. Nachdem die Polizei vertrieben wurde, verbuchen die Faschist*innen dies als Erfolg für sich und richten ihren Hass wieder gegen die Geflüchteten. Sie beginnen, berauscht von ihrem Sieg und dem

Gefühl der Macht, vermehrt Geflüchtete, Angehörige von Hilfsorganisationen und Journalist*innen anzugreifen. Die Stimmung ist extrem gewalttätig. In dieser Situation verkündet die Türkei am 29. Februar 2020 die Grenzöffnung.

Wir sitzen in einem Auto am Strand und starren aufs Meer. Seit Jahren organisieren sich Menschen, die jede Nacht Ausschau nach ankommenden Booten halten, um für sichere Bedingungen bei der Landung zu sorgen und erste Hilfe zu leisten. Aber diese Nacht ist es anders: Niemand weiß, was wir zu erwarten haben. Die Grenzen sind offen, doch das Wetter ist schlecht und das Meer unruhig. Es kommen keine Boote an. Dafür fahren einige Autos sehr langsam an uns vorbei, wir werden misstrauisch beäugt und teilweise beschimpft oder bedroht.

Wenige Tage, nachdem ich die Insel verlassen habe, müssen die Nachtschichten ganz eingestellt werden, weil Rechte Straßensperren aufgebaut haben, Gesichtskontrollen durchführen und Autos beschädigen. Die ankommenden Schlauchboote, meistens hoffnungslos überfüllt, können jetzt nicht mehr auf Unterstützung bei der Landung hoffen.

In den darauffolgenden Tagen werden Boote mit Geflüchteten immer wieder von faschistischen Mobs angegriffen oder von der Küstenwache, die nah an Booten vorbeifährt, fast zum Kentern gebracht. Ein Sozialzentrum für Geflüchtete steht in Flammen, vermutlich war es Brandstiftung. An den EU-Außengrenzen wird scharf geschossen. Griechenland setzt das Recht auf Asyl aus und interniert Geflüchtete, die es über die Grenze schaffen. Und dann kommt Corona. Die ohnehin schon prekäre Situation in Moria verschärft sich noch mehr: Es werden strenge Ausgangsbeschränkungen erlassen, viele Hilfsorganisationen sind gezwungen, ihre Arbeit einzustellen. In dem überfüllten Lager ist es unmöglich, Abstand zu halten oder Hygieneregeln zu beachten.

Soweit also die Lage auf Lesbos. Doch auch auf den anderen griechischen Inseln wie Chios und Samos ist die Situation dramatisch, ebenso in Serbien und in der Türkei. Man könnte ausholen und weiter berichten: Von den Verschwundenen und Gefolterten, die den Weg durch Mexiko Richtung USA nicht geschafft haben. Von den riesigen Städten in Kenia, die keine Namen tragen, weil sie eigentlich Flüchtlingslager sind. Von den staatenlosen Rohingya-Familien, die, aus Myanmar vertrieben, nun in Bangladesch ebenfalls zu einer ungewollten Minderheit geworden sind. Überall auf der Welt zerstören Grenzen und Rassismus Menschenleben.

Anonyme Freiwillige

Auf der Straße trotz Corona!

Redebeiträge zur Fahrraddemo am 17. April 2020

Am 17. April 2020 fanden in drei verschiedenen Parks in Aachen Kundgebungen der Vernetzungsplattform „Aachen Solidarisch“ statt. Wir veröffentlichen hier die Redebeiträge:

„Wir sind heute hier, weil sich die Welt trotz Corona weiterdreht. Weiterhin ermorden Neonazis Menschen aus rassistischen Motiven. Weiterhin sterben Menschen an den EU-Außengrenzen. Weiterhin baut der Staat seine Repressionsorgane aus. Wir können dazu nicht schweigen und fordern alle auf, sich solidarisch zu zeigen und diese Zustände gemeinsam zu bekämpfen – auch in Zeiten der Krise. Meinungs- und Versammlungsfreiheit müssen gewährleistet bleiben! Selbstverständlich haben wir entsprechende Maßnahmen getroffen, um einer möglichen Ansteckung vorzubeugen.“

Rassismus tötet - In Gedenken an Arkan Hussein Khalaf

Arkan floh mit seiner Familie vor dem „Islamischen Staat“ nach Deutschland. Hier wurde er am 07. April 2020 in Celle von dem Deutschen Daniel S. erstochen. Arkan wurde 15 Jahre alt. Die Polizei ließ bereits einen Tag später verlauten, „die bisherigen Ermittlungen lieferten in keiner Hinsicht Anhaltspunkte für eine ausländische oder politisch motivierte Tat“. Arkan sei vermutlich zu einem „Zufallsopfer“ geworden. Gleichzeitig wird angedeutet, der Täter sei möglicherweise psychisch krank gewesen. Laut einer Recherche der „Zeit“ hing der 29-jährige Täter jedoch extrem rechten und antisemitischen Verschwörungstheorien an. Ein Beispiel ist die Verschwörungsideologie von Qanon, der offenbar auch Tobias R., der Attentäter von Hanau, folgte.

Noch wissen wir nicht mehr über den Hintergrund des Mordes in Celle. Doch wir wissen, dass die These des angeblich psychisch kranken, nicht politisch motivierten Täters in der Vergangenheit oft genug falsch war. Rassismus und rechte Ideologien sind in Deutschland tief verwurzelt und weit verbreitet. Und sie töten. Durch die Entpolitisierung und Pathologisierung der Täter werden Rassismus und rechter Hass verharmlost.

Durch die Entpolitisierung und Pathologisierung der Täter werden Rassismus und rechter Hass verharmlost.

Das Attentat von Hanau mit zehn Mordopfern ist noch nicht einmal zwei Monate her und aus den Zeitungen schon fast verschwunden. Die Mordserie des NSU ist immer noch nicht aufgeklärt, Verstrickungen staatlicher Behörden werden weiter verdeckt. Es gibt unzählige weitere Beispiele. Deshalb werden wir weiter genau hinsehen und gegen jeden Rassismus und Faschismus kämpfen! Wir gedenken allen Opfern rechter Gewalt in Deutschland und weltweit.

#LeaveNoOneBehind – Die Lage an den EU-Außengrenzen zu Zeiten der Pandemie

Das Wort „Solidarität“ hat gerade Hochkonjunktur. Das Virus SARS-CoV-2 hat Europa im Griff und der Bundespräsident der BRD fordert die Deutschen auf, sich solidarisch zu zeigen. Doch



Kundgebung am Kennedypark am 17. April 2020. (Foto: Aachen Solidarisch)

wem gilt diese Solidarität?

Die Solidarität seitens des Staates bleibt auf die eigene Nation und Wirtschaft oder maximal die anderer EU-Staaten beschränkt. Während Bundespräsident Steinmeier zu Solidarität aufruft und Hashtags wie #gemeinsamgegen corona den nationalen Zusammenhalt beschwören, bleibt die EU weiterhin nach außen abgeschottet.

Das Seenotrettungsschiff „Alan Kurdi“ irrt mit 150 Menschen an Bord auf der Suche nach einem sicheren Hafen im Mittelmeer herum und wird dabei von EU-Staaten sabotiert. Am Osterwochenende waren vier Boote mit insgesamt 250 Menschen an Bord auf dem Mittelmeer in Seenot. Die zuständigen Behörden waren informiert, doch handelten nicht. Eins der Schiffe sank, ein weiteres wurde bis Dienstag immer noch nicht gerettet. Europa schaut zu, wie Menschen ertrinken. Im Lager Moria auf Lesbos befinden sich 20.000 Menschen ohne Zugang zu fließendem Wasser und medizinischer Versorgung. Eine Hölle unter Quarantäne – ohne Möglichkeit, die grundlegendsten Hygienemaßnahmen umzusetzen.

Das Bundeskabinett hat indes beschlossen, 50 unbegleitete Kinder aus Lesbos nach Deutschland zu holen und feiert dies als „ersten Schritt“. 50 - eines der reichsten Länder der Welt zeigt sich verantwortlich für 50 Kinder und lässt tausende weitere Menschen ohne mit der Wimper zu zucken unter unmenschlichen Bedingungen dem Coronavirus, Attacken von griechischen Behörden und Rechtsradikalen ausgesetzt – das ist wahre Solidarität!

Viele Kommunen in Deutschland haben immer wieder ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Geflüchteten erklärt. Die EU hätte die Möglichkeiten, die Menschen aus den Lagern dezentral unterzubringen. Dieses Vorgehen wäre das einzig humane in dieser Situation.

Wir fordern:

- Sofortige Evakuierung aller Menschen aus den Lagern an den EU-Außengrenzen!
- Sofortigen Stopp der staatlichen Gewalt an den EU-Außengrenzen!
- Wiederherstellung der Menschenrechte und des Rechts auf Asyl für Alle!

Die scharfen Zähne der liberalen Demokratien

Wie schnell doch alles ging in den letzten Wochen – innerhalb kürzester Zeit wurden in fast allen westlichen Demokratien die Grenzen wieder hochgezogen, Notstandsgesetze und Maßnahmen, die tief in die Grundrechte der Bürger*innen eingreifen, umgesetzt. Der Staat, für viele in ihrem Alltag eher weniger präsent, zeigt jetzt, wie schnell er handlungsfähig ist. Natürlich ist die SARS-CoV-2-Pandemie eine Situation, in der bestimmte Schutz- und Eindämmungsmaßnahmen richtig und notwendig sind. Trotzdem fehlt zurzeit oft eine kritische Perspektive in der Debatte.

Noch vor kurzem wurde die lückenlose Überwachung in der Volksrepublik China scharf kri-

tisiert, heute wird sie teils als Erfolgsmodell im Kampf gegen das Virus bewundert. In der BRD wird über die Einführung einer Tracking-App wie in Südkorea nachgedacht, in Frankreich wird die nationale Ausgangssperre, in NRW das Kontaktverbot mit Hilfe von Drohnen überwacht und in ganz Deutschland sollen die für den Test auf das Coronavirus nötigen DNA-Proben auf unbestimmte Zeit asserviert werden.

Die Vergangenheit zeigt, dass Einschränkungen von Grundrechten in Krisensituationen oft nach Ende der Krise beibehalten werden.

Die Vergangenheit zeigt, dass Einschränkungen von Grundrechten in Krisensituationen oft nach Ende der Krise beibehalten werden. So geschehen z.B. nach dem ausgerufenen Notstand in Frankreich in Folge von massiven Protesten gegen die Regierung und dem IS-Attentat 2015. Es ist also nicht davon auszugehen, dass wir nach dem Ende der Maßnahmen zur vorherigen Gesetzgebung zurückkehren werden. Außerdem bietet die aktuelle Krisenlage ungeahnte Möglichkeiten für den Staat und seine Institutionen, mit neuen Mitteln der Aufstandsbekämpfung zu experimentieren. Diese Erkenntnisse werden uns wohl die kommenden Jahrzehnte begleiten.

So werden im Angesicht der Krise nun die Folgen der seit 1985 voranschreitenden Privatisierung und Ökonomisierung des Gesundheitswesens sichtbar, die von Kritiker*innen schon lange prophezeit wurden. Die Einschnitte sind nun für alle bemerkbar und nicht nur für die, die bisher sowieso benachteiligt waren.

Eine Möglichkeit des Protests, geschweige denn des Widerstands, gegen diese Entwicklungen gibt es außerhalb des Internets aufgrund des Versammlungsverbots nicht. Einerseits, um die weitere Ausbreitung des Virus zu verlangsamen, andererseits können unter dem Deckmantel der Krisenbewältigung Maßnahmen kritikfrei und ohne Debatte beschlossen und durchgesetzt werden.

Solidarität heißt mehr als Abstand halten! Das Virus kennt keine Grenzen, lasst sie uns überwinden!

Gemeinsam gegen Corona, Rassismus, Festung Europa und Polizeistaat!"

Aachen Solidarisch

„Aachen Solidarisch“ stellt sich vor

„Aachen Solidarisch“ ist eine Plattform, die von verschiedenen linken Gruppen in Aachen ins Leben gerufen wurde, um gemeinsam aus unserer Perspektive die aktuelle COVID-19-Pandemie zu begleiten, auf theoretischer und praktischer Ebene. Initiativen, die sich für eine solidarischere Gesellschaft einsetzen, haben hier die Möglichkeit, sich zu äußern. Es soll ein politisches Netzwerk entstehen, das auf breiterer Basis Forderungen nach außen tragen kann, in dem Vernetzung und ein lebhafter Austausch möglich sind. Aachen Solidarisch will versuchen die politische Kultur in Aachen zu beleben und zu bereichern.

Die aktuelle Krise und ihre Auswirkungen werden uns noch länger als ein paar Wochen beschäftigen. Es gibt wahrscheinlich bald viele Menschen, die ihre Miete oder Strom nicht mehr bezahlen können, es gibt jetzt schon Menschen ohne Krankenversicherung oder ohne Zuhause, in dem sie bleiben könnten. Der Virus schafft nicht nur neue Probleme, sondern verstärkt vor allem solche, die es sowieso schon gibt.

Bestimmte Probleme werden auch jetzt erst deutlich sichtbar, zum Beispiel in Bezug auf unser Gesundheitssystem, wo sich die Folgen der Einsparungen und Privatisierungen schon lange abzeichnen. Durch die aktuelle Situation wird sich vieles noch einmal verschlimmern, und zwar weltweit. Umso wichtiger ist es, dass wir uns zusammenschließen und gemeinsam für unsere Anliegen kämpfen.

Es gibt bereits umfangreiche Forderungen an Staat und Regierung, Maßnahmen zu treffen, um diese Folgen abzuschwächen. Wir haben uns darauf geeinigt, den Forderungskatalog von „Solidarisch gegen Corona“ zu unterstützen und ihn noch geringfügig erweitert. Die aufgestellten Forderungen mit Erklärungen findet Ihr auf der Website: www.aachensolidarisch.de

Allerdings können wir an vergangenen Krisen sehen, dass der Fokus der Herrschenden eher darauf liegt, die Banken und Konzerne zu retten, während die ohnehin schon Marginalisierten der Gesellschaft hinten runterfallen. Auch ohne Krise gibt es in unserer Welt viele Menschen, die tagtäglich mit großen Problemen kämpfen.

Es soll hier deshalb auch die Möglichkeit geben, konkrete Bedürfnisse zu äußern und gemeinsam Unterstützung zu organisieren. Sofern es uns möglich ist, wollen wir versuchen, Unterstützung zu bieten, wenn ihr versucht euch selbst zu helfen! Am besten geht das gemeinsam! Vor allem in der direkten Nachbarschaft können wir alle sofort damit anfangen!

- Meldet euch, wenn ihr Unterstützung braucht oder anbieten wollt!
- Schreibt uns, wenn ihr mitmachen wollt oder konkrete Ideen habt.
- Organisiert euch in euren Häusern, Straßen, Vierteln! Hängt Zettel auf, gründet Messengergruppen!
- Nutzt Social Media um euch auszutauschen, zu informieren und um Forderungen zu unterstützen z.B. mit dem Hashtag #AachenSolidarisch

Es gibt bereits viele Netzwerke und Solidaritätsgruppen, die sich in den letzten Wochen gegründet haben. Wir finden es schön zu sehen, dass es viele Menschen gibt, die zurzeit an Andere denken und nicht nur an sich selbst.



Nazis und Antifeminismus

Warum rechte Ideologie und Feminismus sich widersprechen und was das mit den Ereignissen am Frauen*kampftag in Aachen zu tun hat

Am 8. März kam es unweit der Demonstration zum Frauen*kampftag in der Aachener Innenstadt zu einer Konfrontation zwischen zwei stadtbekanntem Neonazis und Antifaschist*innen. Die beiden Nazis hielten sich mit Messer, Quarzsandhandschuhen und Pfefferspray bewaffnet in der Nähe der Demo auf und griffen - ihrer Meinung nach links aussehende - Menschen an. Die Antifaschist*innen konnten sich erfolgreich verteidigen, dabei wurde einer der Angreifer verletzt.

In der Vergangenheit kam es bereits öfter zu derartigen Übergriffen oder zu Situationen, in denen Menschen bedroht wurden. Die Strategie der Nazis scheint es zu sein, sich in der Nähe von bekannten Orten der linken Szene, wie dem AZ oder dem Infoladen, aufzuhalten und gezielt Kleingruppen oder Einzelpersonen aufzulauern. Dass dies auch am 8. März ihr Plan war, liegt dabei auf der Hand.

Die Presse und Polizei nahmen die zahlenmäßige Unterlegenheit der Nazis als Grundlage für die Vermutung, dass die Konfrontation von linker Seite ausging. Doch in Anbetracht der Vorgehensweise der Nazis bei zurückliegenden Angriffen, der Kontinuität, mit der diese passieren und der zugrundeliegenden Ideologie, die sie vertreten, ist diese Interpretation naiv und ignorant. Trotzdem wurde sie im Anschluss an die Demo durch die Polizei genutzt, um Teilnehmende rechtswidrigen Kontrollen zu unterziehen und sie zu durchsuchen.

Während die Polizei also offenbar große Teile der Demo für verdächtig hielt, transportierte die lokale Berichterstattung das Bild einer friedlichen Frauen*demo, die von der Polizei vor den sich prügelnden Männern geschützt werden musste. So werden traditionelle Rollenbilder wiedergegeben und verfestigt: Frauen*, die sich selber verteidigen und ein selbstbestimmtes Leben führen, sind anscheinend undenkbar für die Presse. Dass der Angriff der Nazis allen Teilnehmenden der Demo galt, ist eindeutig.

Und täglich grüßt die Hufeisentheorie

Auch die Extremismustheorie, die Linksradi-kale und extreme Rechte als zwei Pole eines Hufeisens gleichgesetzt, wurde von der Presse begeistert wieder aufgewärmt. So heißt es zum Beispiel im ersten der veröffentlichten Artikel der Aachener Nachrichten, die Polizei habe dafür sorgen müssen, dass die Demonstration „durch die offensichtlich hoch aggressiven Extremisten nicht behelligt wurde“.

Dabei bleibt unerwähnt, dass nicht beide Seiten eine Bedrohung für die Demo darstellten, sondern die Aggression ganz klar von rechts ausging.

Die wiederholten Vergleiche zwischen Links- und Rechtsextremismus sind ein altbekanntes Werkzeug, um rechtes Gedankengut und Terror zu verharmlosen und linke Positionen und Strategien zu diffamieren. Während linke Ziele im Kern soziale Gerechtigkeit, Freiheit und ein gutes Leben für alle sind, ist rechte Ideologie autoritär, menschen- und frauen*verachtend. Sie wertet Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, Religion, Sexualität oder ihres Geschlechts ab, kreiert Feindbilder und vertritt dies häufig über Gewaltausübung. Ziel dieser Gewalt sind oftmals Andersdenkende, Menschen, die vermeintlich aus dem Ausland stammen, oder jüdische Menschen.

Antifeministische Ideologie in der rechten Szene – von Rollenbildern, Männlichkeitskult und der Angst vor „Gender-Gaga“

In der rechten Szene und der Neuen Rechten wird ein Bild von Männlichkeit propagiert, das Stärke und Dominanz ausstrahlt und niemals weich sein darf. Dass diese Denkstrukturen

Gewalt fördern und verherrlichen, ist sowohl historisch als auch aktuell sichtbar, wenn man sich mit rechten Hasskommentaren im Internet, Übergriffen auf Geflüchtete oder mit den kürzlich verübten Morden von Hanau oder Halle beschäftigt.

Dass der Angriff der Nazis allen Teilnehmenden der Demo galt, ist eindeutig.

Antifeminismus ist ein Grundpfeiler extrem rechter Ideologien und dient als Bindeglied verschiedener rechter Strömungen. Von AfD, Pegida, Incels oder Identitären bis hin zu rechten Verschwörungstheoretiker*innen und Attentätern, sie alle eint der Kampf gegen „Feminazis“ und „Gender-Gaga“. Auch wenn dies in verschiedenen Ausprägungen geschieht, lassen sich doch viele Gemeinsamkeiten feststellen: Im völkisch-nationalistischen Weltbild wird die „klassische“ Familie aus Vater, Mutter und mehreren Kindern als Basis der Gesellschaft verklärt. Hierbei herrscht eine strenge Rollenverteilung. Frauen sollen für die Familie sorgen und sich um die Hausarbeit kümmern, während Männer als Familienoberhaupt für Arbeit und Politik zuständig sind. Geschlechtsidentitäten jenseits von Mann und Frau werden verleugnet, den beiden Geschlechtern spezifische Eigenschaften zugeordnet. AfD-Politiker Bernd Höcke beispielsweise spricht von „Wehrhaftigkeit, Weisheit und Führung beim Mann – Intuition, Sanftmut und Hingabe bei der Frau“. Dem Mann wird also eine gewisse Vormachtstellung zugesprochen, während von Frauen emotionale Fürsorge erwartet wird. Menschen, die diese Rollenbilder anfechten, werden als realitätsfern und gefährlich dargestellt. So hetzen Rechte

Von der Norm der Vater-Mutter-Kinder-Familie und klassischen Rollenbildern abweichende Lebensformen werden jedoch als eine unmittelbare Bedrohung der Gesellschaft angesehen.

[...] sie alle eint der Kampf gegen „Feminazis“.

So schrieb auch der rechtsextreme norwegische Massenmörder Anders Breivik: „Das Erstarken des Feminismus bedeutet das Ende der Nation und das Ende des Westens.“ Die Emanzipation von Frauen* und die angebliche Verweichlichung von Männern mache die europäische Gesellschaft anfällig für eine vermeintlich drohende Islamisierung oder eine Machtübernahme durch Migrant*innen. Auch Abtreibungsgegner*innen bedienen sich dieser Rhetorik: Deutsche Frauen sollen möglichst viele Kinder bekommen, da sonst eine „Überfremdung“ oder gleich der „Volkstod“ drohe. Im Programm der Partei „Die Rechte“, zu deren Ableger „Syndikat 52“ auch die beiden Angreifer vom 8. März gehören, heißt es: „Trotz der dramatischen demografischen Entwicklung werden jährlich noch immer hunderttausende Kinder im Mutterleib durch Abtreibung getötet“.

Feminismus bleibt antirassistisch und antifaschistisch!

In Anbetracht all dieser Aspekte ist es nicht verwunderlich, dass alle Menschen, die an der Demonstration zum Frauen*kampftag teilnahmen, in das Feindbild der extremen Rechten passen und damit als potentielles Ziel solcher Angriffe gelten.

Die Demo richtete sich klar gegen traditionelle Rollenbilder, die die Neue und alte Rechte mit allen Mitteln verteidigen will. Deshalb zielte die



Feminist*innen zerschlagen ein Hakenkreuz. (Illustration von Herta Ä.)

gegen den angeblich um sich greifenden Feminismus, der völlig übers Ziel hinausschießen würde und Männer versklaven möchte. Oft wird auch unter dem Vorwand, (deutsche) Frauen vor Übergriffen schützen zu wollen, Rassismus geschürt und salonfähig gemacht. Dabei wird verleugnet, dass unabhängig von der Herkunft Täter in den allermeisten Fällen aus dem nahen Umfeld der Betroffenen stammen und die Bedrohung normalerweise nicht von Fremden ausgeht.

Ein häufiges Narrativ ist auch das der „Frühsexualisierung von Kindern“: Durch Sichtbarkeit und Akzeptanz queerer Personen und Lebensentwürfe würden Kinder „verwirrt“ oder gar umerzogen. Dies scheint absurd im Angesicht der Tatsache, dass im Gegenteil Cis- und Heteronormativität¹ nach wie vor allgegenwärtig sind und es zum Beispiel immer noch Konversionstherapie gibt, mithilfe derer Jugendliche zur Heterosexualität erzogen werden sollen.

Bedrohung von Teilnehmer*innen durch die beiden Nazis klar darauf ab, diese einzuschüchtern und davon abzuhalten, sich weiter feministisch oder links zu engagieren. Dazu sollten Verletzungen sowohl körperlicher als auch psychischer Art oder die einkalkulierte Kriminalisierung und Einschränkungen durch die Polizei dienen. Es ist wichtig, sich gegen solche Versuche zu wehren und weiter für den Feminismus auf die Straße zu gehen.

Dieser Kampf bleibt antirassistisch und antifaschistisch!

Wir benutzen das Sternchen bei Frauen*, um deutlich zu machen, dass wir nicht nur cis-Frauen meinen, sondern alle Geschlechtsidentitäten, die patriarchale Unterdrückung erfahren. In diesem Text haben wir es weggelassen, wenn wir das rechte Weltbild wiedergeben wollten, da dort nur zwei Geschlechter existieren.

Knit & agitate

→ Fortsetzung von Seite 4: Protestkultur in Aachen

17. April: In der Nacht tauchen an der Vaalserstraße in Richtung Vaals Banner mit der Aufschrift „Grenzen auf weg! Lager auch! #LeaveNoOneBehind“ auf.

17. April: Spontan-Kundgebungen finden zeitgleich, unter dem Motto „Auf die Straße trotz Corona“ im Frankenberger Park, im Westpark und im Kennedypark statt. Themen sind das Gedenken an den in Celle ermordeten Arkan Hussein Khalaf und allen Opfern rechter Gewalt, der Protest gegen das Versammlungsverbot und die entfesselte autoritäre Formierung durch Corona und die menschenverachtende Politik der EU an den Außengrenzen, insbesondere in Griechenland. Organisiert wurde die Aktion von der linken Plattform „Aachen Solidarisch“.

14. April: An der Raststätte und im Frankenberger Park tauchen Graffiti mit „No Nazis“ und „Save Them All“ auf.

12. April: Aachener Anarchist*innen senden mit einem Soli-Foto vor einem Graffiti mit dem Spruch „Free The 3“ Grüße an die Anarchist*innen in Hamburg, die von Knast und Repression betroffen sind. #Parkbank-Solidarity

12. April: Beim Aachener Waldstadion taucht ein Transparent auf, das zur Solidarität mit Geflüchteten und dem Widerstand gegen die Klimakrise aufruft. #LeaveNoOneBehind #ClimateJustice

11. April: Das Theater Aachen macht mit Schildern am Eingang auf die schockierende Zunahme von rechtsradikaler Gesinnung und Gewalt im Land aufmerksam, fordert Solidarität mit den Betroffenen rechter Gewalt und gemeinsam gegen das schleichende Gift des Rechtspopulismus einzustehen.

11. April: Seit dem „Housing Action Day“ hat „Recht auf Stadt“ in der Stadt Plakate verteilt, um zu einer solidarischen Nachbarschaft aufzurufen. Dies sei eine gute Möglichkeit, um sich zu unterstützen und Mitspracherecht einzufordern!

06. April: Im Frankenberger Viertel tauchen Transparente mit der Aufschrift „Leben Retten – Lager Evakuieren!“, „Solidarität hört nicht beim Nachbarn auf!“, Refugees Welcome“ und „#LeaveNoOneBehind“ auf.

05. April: „Ende Gelände“ fordert faule Corona-Doppelstandards zu beenden und die Menschen aus den menschenunwürdigen Lagern in Griechenland zu evakuieren. Plakate und Transparente in der Stadt prangern Leerstand an und fordern „Evakuieren statt ignorieren“.

05. April: „Recht auf Stadt“ war in der Stadt unterwegs, um die Forderung von „Seebrücke“ zu unterstützen: „Evakuiert sofort die Lager in Griechenland und gebt den Menschen ein Zuhause! An die Stadt: Macht Aachen zu einem sicheren Hafen!“

05. April: „Fridays For Future“ machte am Eisenbrunnen eine symbolische Aktion mit Fußabdrücken aus Kreide. Ein Zeichen für Solidarität mit Geflüchteten wurde damit zum Ausdruck gebracht.

27. März: Erste „Gabenzäune“ entstehen in Solidarität mit den Menschen auf der Straße, die nicht die Möglichkeit haben, sich mit einem Großeinkauf einzudecken. Diese sind am „Café Kittel“ in der Pontstraße 39, am Rehmplatz und am Kaiserplatz zu finden.

21. März: Zum Internationalen Tag gegen Rassismus wurden im Frankenberger Park und im Kennedypark Transparente aufgehängt. Die Forderungen: „Grenzen auf – Lager evakuieren! Gesundheitsversorgung für Alle! #grenzentöten“.

→ Fortsetzung auf Seite 8

Flachwitze mit Torben

→ Auflösung von Seite 4

Rote Beete.

¹„Cis“ heißt, dass jemand sich mit dem Geschlecht identifiziert, das ihr*ihm bei der Geburt zugeordnet wurde. Cis- und Heteronormativität bedeutet, dass im gesellschaftlichen Denken und Handeln Geschlechtsidentitäten und sexuelle Orientierungen, die von dieser konstruierten sozialen Norm abweichen, verneint werden.

→ Fortsetzung von Seite 7: Protestkultur in Aachen

14. März: In der Stadt sind an einigen Häuserwänden Plakate mit den Namen, Bildern und Geschichten der Opfer von Hanau unter dem Motto „#saytheirnames“ aufgetaucht.

08. März: Das „Bündnis für ein Ende der Gewalt“ veranstaltet zum Frauen*kampftag eine Demonstration durch die Innenstadt unter dem Motto: „Wandle Wut, Trauer und Angst in Widerstand“. Im Umfeld der Demo kommt es zu Ausschreitungen mit zwei bewaffneten Rechtsextremen.

07. März: Demonstration von „Seebrücke“ mit einem breiten Bündnis zieht durch die Innenstadt. Die Forderung: „Evakuierung und sofortige Aufnahme Geflüchteter aus den Lagern auf den griechischen Inseln!“

06. März: „Fridays For Future“ demonstriert für Klimagerechtigkeit, Feminismus und Genderngerechtigkeit in der Innenstadt.

05. März: Spontan-Demonstration mit ca. 100 Menschen zog, in dem Versuch ihrer Wut einen Ausdruck zu geben, vom Autonomen Zentrum in die Innenstadt. Lautstark ging die Demo durch die nachtleeren Aachener Straßen. Protestiert wurde gegen die Abschottung Europas und das Morden an den Außengrenzen. Unter dem Motto: „Fight Fortress Europe“ und „Refugees Welcome“.

02. März: Vor dem Städteregionshaus demonstrieren ca. 40 Menschen gegen eine bevorstehende Abschiebung. Auf einem Banner steht: „Nicht mein Aachen, nicht mein Europa. Refugees Welcome. Abschiebung Stoppen! Freiheit für Saddam S.“

21. Februar: Ca. 600 Menschen haben in Gedenken an die Opfer von Hanau demonstriert! In vielen Reden wurde betont, wie wichtig es jetzt ist, sich zusammenzutun, um gemeinsam gegen rechte Tendenzen in der Politik und im Alltag vorzugehen.

20. Februar: Mahnwache am Elisenbrunnen mit ca. 150 Menschen anlässlich der rassistischen Morde in Hanau.

08. Februar: Demo „Geisterzug für die vom Tagebau betroffenen Dörfer!“ zieht durch die Innenstadt. Das Ganze fand unter dem Motto: „Alle Dörfer bleiben“ statt.

05. Februar: Ca. 200 Demonstrant*innen protestierten am Elisenbrunnen gegen die MPWahl in Thüringen und der Kooperation von CDU und FDP mit der AfD.

25. Januar: Nach massivem öffentlichen Druck, initiiert durch den „AK Antifa Aachen“, haben die Betreiber*innen des „Nightlife“ auf ihrer Facebook-Seite das Rechtsrock-Konzert, das am 25. Januar 2020 hätte stattfinden sollen, abgesagt. Spielen sollten die „Prolligans“ und „Sperrfoier“.

Horoskop mit Hubert

Widder (21.03.-20.04.): Diesen Monat erkennst du, dass die Welt keine Scheibe ist. Iss ein Stück Brot und erfahre Erleuchtung!

Stier (21.04.-20.05.): Denk mal drüber nach.

Zwillinge (21.05.-21.06.): Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen – also raus aus dem Glashaus und ab auf die Straße!

Krebs (22.06.-22.07.): Wer links geht, hat mehr Platz nach rechts zu spucken!

Löwe (23.07.-23.08.): Räume auf und du findest etwas, was du lange vermisst hast!

Jungfrau (24.08.-23.09.): Manchmal verperren deine Gefühle dir die Sicht, doch mit ein bisschen Hilfe kannst du sie nutzen, um vorwärts zu kommen.

Waage (24.09.-23.10.): Manchmal ist der goldene Mittelweg doch nicht der richtige – lass dich auf neue Ideen ein und du wirst sehen, dass es dein Leben bereichert!

Skorpion (24.10.-22.11.): Dich selbst ernst zu nehmen bedeutet nicht, den Spaß am Leben zu verlieren!

Schütze (23.11.-21.12.): Pflege dein Selbstvertrauen, aber polieren musst du es nicht!

Steinbock (22.12.-20.01.): Lobe den Tag nicht vor dem Abend, denn die Nacht bietet viele Möglichkeiten!

Wassermann (21.01.-19.02.): Ein Regal hält auch, wenn eine Schraube locker ist, aber ein Tisch auf drei Beinen kann nicht stehen.

Fische (20.02.-20.03.): Ein Doppelknoten hält besser – aber einen Fünffachknoten kriegst du vielleicht nicht wieder auf! Wähle deine Knoten mit Bedacht.



Mikeschs Tipps und Tricks im Arbeitsalltag

Heutiges Thema:
Jobtagebuch schreiben.
Kleiner Aufwand,
Großer Nutzen!



Die Liste an Unannehmlichkeiten, denen man auf der Arbeit ausgesetzt sein kann, ist lang. Seien es konkrete Verstöße gegen das geltende Arbeitsrecht, Arbeit in Unterbesetzung, dumme Kommentare von Vorgesetzten, nicht bezahlte Überstunden oder sogar übergreifendes Verhalten. Damit man immer den Überblick behält und für den Notfall alles dokumentiert hat, ist es ratsam, ein Jobtagebuch zu führen. Das hört sich zunächst anstrengender an, als es tatsächlich ist. Es reicht letztlich vollkommen aus, in einer kleinen Kladde nach jedem Arbeitstag eine stichwortartige Notiz zu machen:

Montag 4. Mai 2020, 8h Frühdienst: Bin 5 Minuten zu spät gekommen. Mahnender Blick vom Chef.

Dienstag 5. Mai 2020 8h Spätdienst: Kollegin krank - deshalb nur zu dritt im Spätdienst. Wegen zu viel Stress nur 15min Pause statt 30min. Vorgesetzter wurde schriftlich über zu kurze Pause informiert. Kollegin A und B haben die Mitteilung unterschrieben. Kopie an Betriebsrat.

Wie sich an den zwei Beispielen unschwer erkennen lässt, ist es wichtig festzuhalten, um welchen Tag es sich handelt und wann man an dem Tag gearbeitet hat oder welche Schicht man übernommen hat. Bei schwerwiegenden Vorfällen lohnt es sich, Zeug*innen mit aufzuschreiben. Jetzt habt ihr immer einen Überblick darüber, wie viel ihr tatsächlich gearbeitet habt und ihr könnt genau dokumentieren, wenn etwas Wichtiges passiert ist. Das ist insbesondere deshalb so wichtig, weil das Jobtagebuch auch vor einem Arbeitsgericht vorgelegt werden kann, sollte es einmal dazu kommen. Es reicht zwar nicht als alleiniges Beweisstück, aber es muss immer berücksichtigt werden und kann am Ende das Zünglein an der Waage sein.

Also: Kennt eure Rechte und wehrt euch stets! Bis zum nächsten Mal!

Euer Mikesch



Ignoranz. (Illustration von Findus)



Beteiligte Gruppen

- AK Antifa Aachen <<akantifaac.noblogs.org>>
- Bürger*innenasyl Aachen <<buergerinnenasylaachen.noblogs.org>>
- Diskursiv Aachen <<diskursivaachen.noblogs.org>>
- Knit & agitate <<knitandagitate.noblogs.org>>
- Recht auf Stadt Aachen <<rechtaufstadt-aachen.de>>

Kreuzworträtsel

Gewinnspiel: Lösungswort an tacheles-aachen@riseup.net. Zu gewinnen gibt es ein Paket feinsten zapatistischen Kaffee aus dem Infoladen Aachen. Gesponsort durch das Zeitungskollektiv. Viel Spaß!

staatliche Einrichtung	gewaltfreie Demonstrationsform	indigene Bevölkerungsgruppe in Mittelamerika	Antonym (Gegenteil) von intuitiv	Abk.: Out-of-band authentication	Vollversammlung	Abk.: (intelligente) technische Norm (Licht)	Ablehnung	knärrig, originell	Abk.: Arbeitsgemeinschaft	Fisch der Gattungen Salmo	franz.: handeln								
		Steigerung von Leistung	3				engl.: Zeug				Geschmack								
Knoblauchsauce							Entzug von Eigentum				Frans.: Freund								
direkte Aktion gegen Leerstand					4				pflanzliches Bindemittel		Blockieren								
veraltet: Zeichen für Nox		ugs.: Pistole					Windschattenseite		PozziGrundausstattung	Actionfilm mit Bruce Willis (engl.)	ohne Worte	metallene Klangkörper							
stilles Örtchen				Abk.: Urban Health Centres Europe		Definart													
Abk.: andere Auffassung		Lautmalerisch: Knall				Not leidend		Festes Arbeitsentgelt			2	Absonderungen von Bäumen							
engl.: Rencontre						Chilenische Insel						Antifeminist							
Greifvogel						Name	Abk.: Electrical Equipment in Hazardous Areas	franz.: alt	Abk.: Neuste Nationale Nachrichten (Extra 3)			Abk.: Aachen							
Transversal		Abk.: Housing Action Day	Neonaziorganisation (Abk.)							Gefährt gut hörbar		äußerst							
					8														
	wahre Zustimmung		Manch ist kein Fleisch	sich in Sicherheit bringen				Bundesland (Abk.)		1	erster Buchstabe	metallhaltige Minerale							
			Kunst-erzeugnis					drücken, antreiben		10									
		griech. Schimpfwort					Das war wot nichts	Lösung		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Impressum

Zeitungskollektiv Tacheles Aachen
tacheles-aachen@riseup.net

Tacheles Nr. 1, Mai 2020 - Auflage 1.000 Stück

Vi.S.d.P.: Miriam Schmidt
Ahornstr. 25, 52074 Aachen

Die Verteiler*innen der Zeitung sind nicht identisch mit den Herausgeber*innen. Eigentumsverhalt: Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an den*die Adressat*in Eigentum des*der Absender*in. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe von Gründen an den*die Absender*in zurückzusenden.